

Bezugspreis:

Monatlich 4.10 M durch unsere Zeitungen und Agenten frei ins Haus bestellt; bei der Post abgesetzt monatlich 4.15 M, vierteljährlich 12.45 M; durch den Briefträger zugestellt monatlich 4.20 M, vierteljährlich 12.90 M.

Frei-Ballagen:
Sommer- und Winterschulplan.
Nassauisches Landwirt.

Erscheint täglich
außer an Sonn- und Feiertagen.

Massauer Bote

Direktor: Dr. Sieber. Rotaionsdruck u. Verlag der Limburger Vereinsdruckerei, G. m. b. H.: Dr. Bader, Direktor, alle in Limburg.

Anzeigenpreis:
Die achtpolige Seite oder deren Raum
70 Pf. Bei Stellengesuch und Stellenangebot ist die vordere Aufnahme umsonst.
Reklame 1.80 M die Zeitzelle.

Anzeigen-Annahme:
Für die Tagesausgabe bis 8 Uhr am Vorabend.
Nachlass nur bei Wiederholungen und
plätieller Bezahlung.

Geschäftsstelle: Diezerstraße 17
Telegraph: Anschluß Nr. 2.
Postcheckkonto 12382 Frankfurt.

Nr. 149.

51. Jahrgang.

Neues vom Tage.

Die deutschen Vertreter für Spa werden am 8. Juli abends von Berlin aus die Reise antreten.

Im Reichsrat stellte sich am 29. Juni der neue Reichslandrat Gehrenbach in einer kleinen Anfrage vor.

Die Republik Polen hat alle Männer ab dem 25. und 30. Lebensjahr mobilisiert.

Montag nachmittag drei Uhr trat der vorläufige Reichswirtschaftsrat im Geiste des fröhlichen preußischen Herrenhauses zu seiner ersten Tagung zusammen.

Die Sinnfeiner nahmen in Herford in der Grafschaft Coes den Brigadegeneral Lucas gehangen.

Luís Carrasco Vogtius wurde mit zehn Stimmen Mehrheit zum Präsidenten von Chile gewählt.

S Der Schrei Herrons.

Eine Flucht in die europäische Lessentlichkeit.

Es scheint fast, daß auch Spa nur ein zweites Versailles wird. Die Machthaber der Entente wollen noch innen die Welt mit dem Reichstheft in der Hand führen, und es läuft voreilig noch wenn, doch auch in ihren eigenen Ländern von Zeit zu Zeit da und dort ein flüger Wahn oder ein Mensch mit einem Herzen aufsteigt und gegen die Rechenschaftspolitik Sturm läuft, die man fündig nennen möchte, wenn sie nicht in ihren Wirkungen verdeckt wären. Jetzt lernen wir eben in deutscher Überleitung den sinnendheißen Protest eines Amerikaners gegen Versailles, seine Urtheile und seine Folgen kennen.

Der Verlag Rotmuth bringt George D. Herrons Broschüre „Der Partei Frieden und die Jugend Europas“ heraus — ein Buch, auf das „Vorwärts“ vor Spa Deutschland nicht laut genug hinweisen kann als auf ein Rücken, das einer unfeierlichen Füllerei für uns schändet.

Der Amerikaner George D. Herron sah vor dem Kriege und während des Krieges in der Schweiz und hat dort starke Fäden gegen uns gesponnen. Er ruht sich selbst an dem Eintritt Italiens und Amerikas in den Krieg mitgewirkt zu haben, weil er glaubt habe, die Welt vor der Despotie des deutschen militaristisch-moralistischen Geistes retten zu müssen: „Ich drängte Italien zum Krieg, weil Deutschland ohne die italienische Intervention seine Vorherrschaft über den europäischen Kontinent ohne Zweifel erringen und durchsetzen haben würde, ich glaubte fest daran, daß Amerikas Teilnahme an dem Krieg dessen sonst immer Beweggründe verändern und ihn schließlich so abschließen würde, daß er der letzte der großen Menschheitszünfte seit wäre.“ Und nun ergreift dieser Mann, von Amerika trennen, die Flucht in die Lessentlichkeit Europas.

In der Erkenntnis, daß das Blutbad von Versailles alle Grundlagen des Weltfriedens der Zukunft zerstört hat, sagt Herron: „Ich richte meine fragenden Blicke in die Zukunft, richte sie mit bitterem Zweifel auf mein eigens, vielleicht nicht ganz schlüssiges Herz. Ich habe alles, was in meinen Kräften stand, getan, um Amerika zum Anteil an diesem Krieg zu bewegen. Dann sagt Herron, daß er sich noch einer anderen Schuld beschuldigen müsse: er sei der Mann gewesen, von dem Deutschlands Glaube an die 14 Punkte beeinträchtigt.

Er empfing in der Schweiz die deutschen Friedensfreunde und überzeugte sie von der süchten Einhaltung der 14 Punkte. „Eine überzeugten wiederum andere ihrer Landsleute. Der bestimmte Glaube, daß diese Botschaft Wilsons die Grundlage des kommenden Friedens bilden würde, und das Vertrauen, daß ihm als einem verlässlichen und gegebenen von der Vorfahrt bestellten Vögten entgegengetragen wird, wurden schließlich so stark und allgemein, daß sie das ganze deutsche Volk durchdrangen und endgültig zum Frieden führten.“

Hören wir Herron weiter: „Wenn die Wahrheit einmal gelagt werden soll: es war Wilsons gegebenes Wort, daß das Deutsche Reich inwendig ausgeschöpft und in jenen Sieg vorbereitet hatte, den Marschall Foch schließlich mit dem Schwerthe errang. Am Tage, an dem der Marschall geschlagen wurde, stand Wilsons Stern hoch am Himmel der deutschen Kunst — so hoch, daß während zweier ganzer Wochen der Präsident auf die Bereitwilligkeit der meisten seiner Gegner hörte reden und sie zu allem hätte überreden können, was er für gut gehalten hätte. Wenn Wilson persönlich unter den Deutschen erschienen wäre, so hätten ihn zum mindesten neun Zehntel dieses Volkes mit Freuden begrüßt und ihn vielleicht darum gebeten, ihm mit Rat u. Tat zur Seite stehen zu wollen. Damals stand es in der Macht der Alliierten — und nicht nur Amerikas — ihren militärischen Sieg mit einem gewaltigen moralischen Erfolg zu frönen und das Deutsche Reich feierlich in den Bund der freien Demokratien einzutunnehmen. Wir haben uns dieser großen Tatsachen, und diese Verlängsamkeit ist ein und nicht die unbedeutendste der gewaltigen Tragödien dieses Weltkrieges gewesen.“

Der Reichs-Notetat.

Berlin, 28. Juni. Der dem Reichstag zugegangene Notetat umfaßt die vier Monate Juli bis Oktober. Er enthält u. a. folgende Forderungen: 92 Millionen für die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge und 6.200.000 M für Zwecke der sozialen Fürsorge zu Gunsten deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener im Auslande; 450 Mill. M. zur Fortdauerung der Reichsbehörde und zur Feststellung eines gefangenen Bauens; 15 Mill. M. als Verlusten an die Befestigungsverbände zur Rückerstattung der infolge des Sieges unter den unbedeutendsten Bedingungen hergerichteten Rottstände, d. h. also für Zwecke der früheren gemeinschaftlichen Kriegsbeschädigungs- und Kriegshinterbliebenenfürsorge; 2710.000 Mark zur Gewährung von Bodenplänen, Weichenanlagen und Tauschregulaturen, da mit Rücksicht auf den anstrengenden und aufwändigen Dienst an Bord die Belastigung besonderer Ballagen für geboten erachtet wird.

Spa.

Berlin, 30. Juni. Heute findet eine Kabinettssitzung statt, die den ganzen Tag in Anspruch nehmmt. Es dürfte und deren Verhandlungsgegenstand ausschließlich Spa ist.

Außer dem Reichskanzler, dem Reichsminister des Außen und dem Reichsfinanzminister werden auch diejenigen Sachverständigen an der Konferenz in Spa teilnehmen, die bisher die finanziellen Verhandlungen mit der Entente geführt haben. Die Abreise der deutschen Vertreter wird am 3. Juli abends erfolgen.

Die bayerische Königspartheid.

Würzburg, 30. Juni. Die bayerische Königspartheid nahm in ihrer letzten Versammlung Stellung zu den Wünschen, die doch gegeben, den früheren bayerischen Kronprinzen als bayerischen Staatspräsi-

denten in Vorschlag zu bringen. Der Führer der Partei, Mayer-Soy, kam aus grundsätzlichen und tiefen Gründen und, wie er ausführte, im Interesse der Monarchie u. des Kronprinzen selbst zu einer Ablehnung.

Frankfurter Rögelei zur Ansatzrede.

Paris, 28. Juni. Zu den Erfahrungen des Reichsanzlers Gehrenbach sagt der Figaro:

Dieser Staatsmann, der den Wert der Ruinen erkennt, ist ja klug, um zu leugnen, daß Deutschland den Friedensvertrag zum Verlust ausführen müsse; aber er steht uns mit, daß es schon mehr getan habe, als man von ihm erwarten durfte. Ganz wie zufällig verkündet er das Recht Österreichs, sich mit Deutschland zu vereinigen. Kurz gesagt: Er betont von Anfang bis zu Ende die Umstaltung des Verhältnisses Friedensvertrages. Gut, aber dann müssen wir auch nach Frankfurt a. M. zurückkehren und das Ruhgebet.

Vollständig gleichzeitig berichtet auch Domme Bille,

denn er vermißt in der Erklärung das Bekennen der Schuld und die Ergebung in die Niederlage. Man hätte einen günstigeren Grund ersehen, wenn die Sprache des Klanges etwas demütiger gewesen wäre.

Die Action française findet, daß Gehrenbach nichts Neues sage. Der Reichsanzler habe seine Meinung seit Weimar nicht geändert.

Der Wiederaufbau in Nordfrankreich.

Paris, 30. Juni. Auf dem internationalen Handelskongress in der Sorbonne hielt gestern Eugen Schneider eine Rede über den Wiederaufbau Frankreichs. Redner führte an, daß nach den offiziellen Mitteilungen bis zum 1. April ds. Jg. 326 industrielle Betriebe wieder instand gesetzt waren mit weniger als 20 Arbeitern, 2412 von diesen Betrieben hätten ingwischen die Abstimmung und die entsprechenden Grenzbeschränkungen erfolgt.

Eine Ausnahme macht nur das Saargebiet, das noch nach 15 Jahren abstimmungsberechtigt sein wird, in den nächsten sieben Jahren also vom Wiederaufbau auf alle Fälle ausgeschlossen bleibt. Erst nach den Abstimmungen in den Grenzgebieten wird also aller Wahrscheinlichkeit nach die Präsentenfrage endgültig werden.

Die Uneinigkeit der Alliierten.

Genf, 30. Juni. Die Vertreter der alliierten Regierungen bei der Konferenz in Spa werden sich am Freitag in Brüssel treffen, um das Programm der Entente für Spa festzulegen. Herr Millerand wird Paris am Donnerstag verlassen.

Man sieht aber in Paris, wie der Berichterstatter des „Journal de Genève“ meldet, den Konferenzen von Brüssel und Spa skeptisch entgegen zu sehen, weil die Alliierten noch weit davon entfernt sind, ihre eigenen Ansprüche in Einstellung zu bringen, u. man würde es wahrscheinlich gern geben, wenn Deutschland eine Partei an der Konferenz von Spa vorschlägen würde, um die Alliierten aus ihrer Verlegenheit zu bringen. Die Vertreter der italienischen Regierung sind noch nicht bestimmt. Das „Echo de Paris“ hält es heute für nötig, gegen jeden Verlust, eine solche Diskussion mit den Vertretern Deutschlands in Spa herzuführen, zu protestieren. Es verlangt, daß die Alliierten sich in Brüssel einfinden und in Spa ihre Verbündeten den Deutschen diktiert. Diese Sprache des „Echo de Paris“ ist der beste Beweis dafür, wie uneinig die Alliierten unter sich sind.

Paris, 30. Juni. „Das Echo de Paris“ gibt ein Diplomat, der gut unterrichtet sein soll, Einzelheiten über die Konferenzen von Spa und Brüssel. In Spa würden Reichskanzler Gehrenbach und der Minister des Außen von Simons ihren Beweis erbringen für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von 200.000 Mann Heeresstärke der Reichswehr.

Dämmernde Einsicht.

Paris, 30. Juni. Dämmernd ist eine Auslösung des „Temps“ zur Konferenz in Spa. Es heißt darin: „Es ist keine leichte Aufgabe, die die Regierungen vor sich haben. Der Friedensvertrag ist so gemacht, daß man immer wieder in das gleiche Dilemma kommt. Entweder soll Deutschland sich organisieren, und dann läuft es Gefahr, wieder unter die Leitung der alten Männer zu verfallen, die von Ablösung nichts hören wollen, sondern nur von Rebende. Oder aber Deutschland wird von den linken Parteien regiert, und in diesem Falle entblößt von den steinernen Herren, die nötig sind, um ein Volk von 60 Millionen zu reißen, dann wird es desorganisiert bleiben und unfähig zu ziehen.“

Deutschfreundliche Stimmung in Oberschlesien.

Wien, 30. Juni. Einige oberösterreichische Ueberläufer fehren jetzt total ernüchtert aus Kongreßvölkern zurück, um sich heimatstreu Verbänden für deutsche Werbung zur Verfügung zu stellen. Unter ihnen befinden sich Anführer der volkischen Demonstration vom 3. Mai zum Anschluß an Polen. Früher volkisch gebliebene Grubenarbeiter Süd-Oberschlesiens treten zu Hunderten ins Sozialer Gewerkschaftsfortell ein. Man sieht in den Kreisen Pleiß u. Auekl. des oberösterreichischen Abstimmungsgebietes ein, daß die österreichischen Versprechungen unerfüllbar sind. In zahlreichen Dörfern rein volkischer Gegend werden Bezirksoberverbände mit heimatlicher Oberschlesier gegründet. Volksfesten gehalten sich zu wortigen Kundgebungen für das Deutschstum. Die Polen machen verzweifelte Anstrengungen, dieses Stimmungsumschwungen Herr zu werden.

Spa.

Berlin, 30. Juni. Heute findet eine Kabinettssitzung statt, die den ganzen Tag in Anspruch nehmmt. Es dürfte und deren Verhandlungsgegenstand ausschließlich Spa ist.

Außerdem noch der Reichsminister des Außen und der Reichsfinanzminister werden auch diejenigen Sachverständigen an der Konferenz in Spa teilnehmen, die bisher die finanziellen Verhandlungen mit der Entente geführt haben. Die Abreise der deutschen Vertreter wird am 3. Juli abends erfolgen.

Die bayerische Königspartheid.

Würzburg, 30. Juni. Die bayerische Königspartheid nahm in ihrer letzten Versammlung Stellung zu den Wünschen, die doch gegeben, den früheren bayerischen Kronprinzen als bayerischen Staatspräsi-

Die Brotversorgung.

Berlin, 30. Juni. Die Parteien des Mittelblocks haben in Anbetracht der schweren Lage der Brotversorgung folgende Interpellation im Reichstag eingebrochen: In weiteren Streiten Deutschlands, besonders im rheinisch-westfälischen Industriebezirk macht die Brotversorgung große Schwierigkeiten. Die gelieferten Brotmengen bestehen überwiegend aus Erlösbrot. Dieser schon monatelang dauernde Zustand kostet die schwerverdienten Hölzerne.

Dr. Heim über die Getreidepreise.

München, 30. Juni. In einem Artikel des „Bohr-Kur.“ weiß Dr. Heim, der Führer der bayrischen Bauernvereine, darauf hin, daß für die Berliner Preispolitik die sozialdemokratische Minister mit verantwortlich seien und daß ganz speziell die bayrische Landwirtschaft kein Interesse an der ungeheuren Preiserhöhung habe, die in Berlin besteht.

U. a. sagt er: Nach den Absichten, die in Berlin bestehen, ist mit einem Weizenpreis von über 100 M pro Centner zu rechnen. Die Reichsgetreidefeste behauptet, daß bei dieser Preislage eine Erhöhung des Brotpreises nicht notwendig sein werde, ich stehe aber an dem Standpunkt, daß ein Weizenpreis in dieser Höhe unerträglich ist.

Während des Krieges, bei dem vertigerten Markt, hat der freie Verlauf im Auslande geprägt. Heute ist der Auslandsmarkt uneingeschränkt nach allen Seiten offen, infogedessen ist auch für die Einfuhr (und es wäre höchste Zeit dazu) der freie Handel einzulassen und seine Bedeutung nur von einer Information abhängt.

Die Teuerungskundgebungen.

Barth, 30. Juni. Gestern abend kam es zu Blitzeinwürfen in der Nordersteinstraße. Die Polizei war mobilisiert. Die Lärmendecke wurde zu Hilfe gerufen, griff aber nicht ein. Gestern forderte das Gewerkschaftsamt in Neuenschloß die Zurückziehung des Militärs und der Polizei von der Straße und verburgte sich für die Sicherheit der Stadt durch eigene Ordner.

Mainz, 30. Juni. Gestern Tag verließ im allgemeinen still, trotzdem es hier und da noch zu kleinräumigen Ausschlägen kam. Die Werte der Landwirtschaft auf dem Hauptmarkt in der Umgebung protestierten gegen die Erhöhung von Brotpreisen, da solche nach Auflösung der Hoangewirtschaft für Objekt unverträglich seien. Von verschiedenen Rednern wurde unter stürmischem Beifall der Verkäufer in dieser Preiserhöhung der „Anbau- und Viehzucht“ angeklagt. — Die Stadt Mainz rückte anlässlich der Lebensmittelkramalle an die Kleidungsstücke gegen den Verbraucher ab, um den Absatz zu erhöhen. Diese Kramalle wurde von der Reichsregierung das dringende Erfordernis, die Kleidungsstücke zu erhöhen, und die Gewerbeaufsicht gegen die Kleidungsstücke verboten. — Die Stadt Mainz rückte anlässlich der Lebensmittelkramalle an die Kleidungsstücke gegen den Verbraucher ab, um den Absatz zu erhöhen. Diese Kramalle wurde von der Reichsregierung das dringende Erfordernis, die Kleidungsstücke zu erhöhen, und die Gewerbeaufsicht gegen die Kleidungsstücke verboten.

Würzburg, 30. Juni. Gestern kam es auch hier zu kleineren Lebensmittelunterschlägen. Vor dem Rathaus fand eine kleine Tausende Menschenmenge an. Das Rathaus wurde von der Reichswehr besetzt. Diese forderte die Menge auf, den Platz zu räumen. Sie dies nicht gehabt, gab die Reichswehr Feuer. Wie verlautet, sind mehrere Personen getötet, andere schwer verletzt worden. Einige Geschüsse wurden gespielt.

Vom irischen Kriegsschauplatz.

Der entführte General.

Haag, 30. Juni. Große Entrüstung rufen in der englischen Presse die neuzeitlichen Übergriffe der Sinnfeiner hervor. Wie aus Dublin gemeldet wird, wurde in der Nacht von Freitag auf Samstag bei Cork der englische General Lucas mit zwei Obersten in einem kleinen Hause von einer britischem Bande Sinnfeiner überfallen und gefangen. In einem Auto wurden sie fortgeführt. Einem Obersten gelang es, zu entfliehen. Auf ihn eröffneten die Sinnfeiner ein bestiges Gewehrfeuer und verwundeten ihn schwer. Es ist unbekannt, wo Lucas ist. Seine Freunde teilten die Sinnfeiner mit, daß er als Kriegsgefangener behandelt werde. In ganz Irland, mit Ausnahme von Ulster, sind gewisse Gerichte errichtet worden. Der Eisenbahner wird nicht infolge der Beleidigung der Angestellten, die mit Polizei und Soldaten zu befürden, vollständig. Die vier Hauptbahnhöfe in Dublin wurden 80 Verhaftungen in Dublin vorgenommen.

Als Vergeltung für die Entführung des Generals Lucas plünderten englische Soldaten in Lisomore, Grafschaft Waterford, mehrere Bribadäuse und Geschäfte. In den Straßen wurde geschossen.

* Reichsrat. Berlin, 30. Juni. Der Reichsrat nahm gestern den Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstages an. Die monatliche Entschädigung wurde auf 1500 M. bemessen.

In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Reichsrates stellte sich der Reichskanzler Gehrenbach vor. Er sagte dabei, er lege großen Wert auf ein Vertrauensverhältnis und gemeinsames Arbeiten zwischen Reichsrat und Reichsregierung. Die Interessen von Reich und Ländern seien ja doch in den wesentlichen Punkten dieselben; in der großen schweren Not unserer Zeit seien wir aufeinander angewiesen. Wie er sich im einzelnen das Verhältnis zwischen Reich und Ländern denke, habe er bereits gestern in seiner Programmrede zum Ausdruck gebracht.

Aus der Vorgeschichte von Versailles.

Tardieu über die Friedensmöglichkeiten 1919.
Paris, 27. Juni. In der vorgestrittenen Kammerabstimmung erklärte der Abg. Tardieu, der die Politik Clemenceau in einer längeren Rede gegenüber schärferen Angriffen Vronys verteidigte, daß im Januar 1919 folgende Friedensbedingungen von Deutschland aufgestellt worden seien:

1. Sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.

2. Keine interalliierte Besetzung der Rheinländer, höchstens eine französische Besetzung für 18 Monate.

3. Frankreich soll alle Staatsgüter im Elsaß beschaffen, die Rohstoffe im Saargebiet müssen nicht Eigentum Frankreichs werden, die Bevölkerung des Saarreviers soll seinem besonderen Rechte unterstellt werden.

4. Deutschland soll nur 40 Prozent der entstandenen Kriegsschäden bezahlen, nach 30 Jahren sei von allen Kosten und Verlusten fern, die Hälfte der Entschädigungssumme in Papier zu beschaffen.

5. Österreich soll die Freiheit haben, sich mit Deutschland zu vereinigen.

Tardieu sagte im Anschluß an die Bekanntgabe dieser Bedingungen, daß Clemenceau deren Annahme verhindert habe, nachdem die Amerikaner, Engländer u. Italiener Deutschland zugesagt hätten. Die Kommission hörte sich die beiden großen Advoaten mit grohem Interesse an. Die Linke nahm geschlossen für Vronys Partei, dessen Verantwortlichkeit zuweilen die Kammern hörten. Millerand hörte sich das Redebüll zwischen seinen Vorgängern und eventuellen Nachfolgern gelassen an.

Nochmals die Sixtusaffäre.

München, 28. Juni. Im Dreimasten-Vertrag in München erscheint dieser Tage die Broschüre "Czernin und die Sixtusaffäre", von Dr. iur. Graf Demblin der als Diplomat an der Czernin auch dem Kaiser Karl angezeigt war und die einzige Verantwortlichkeit ist, die die Wahrheit über den Sonderfrieden kennt, den Kaiser Karl mit Frankreich auf Kosten des Kaiser verhinderten Deutschlands schließen sollte. Die Broschüre dient zur Rechtfertigung des Grafen Czernin, dem die Habsburger Dynastie die einzige Schuld an der missglückten Sixtus-Affäre zuliegen möchte. Der Verfaßer stellt ausdrücklich fest, daß Kaiser Karl keinen Anhänger in seiner Weise gehabt hat, und wie die ganze moralische Sphäre um diesen jungen Kaiser voll Lüge, Betrug und Verrat war. In einem Ministerrat vom 14. April wurde beratschlagt, ob man nicht erklären solle, der Inhalt des Briefes sei auf dem Wege von Dresden nach Paris gefälscht worden. Auch die Kaiserin Zita, die, wie Graf Demblin sagt, Deutschland und alles, was deutsch war, hasste, kenne sich sofort an diesen Ausweg. Sie meinte auf Czernins Frage, wer denn den Brief gefälscht haben solle, sehr bestimmt, jedes Wort bestehend: "Der selbe muß sich eben finden." In einem Ministerrat nach dieser Unterredung hat der Kaiser dann die Kaiserin zur Regentin vorgeschlagen. Einige Tage nach dem Mission erschien der Offizier, der seinerzeit den Kaiserbrief an den Bringen Sixtus zu überbringen hatte, im Ministerium des Außenministers, um unter Dienstid zu Protokoll zu geben, daß er den Stoff, in dem sich der Brief befand, in der Schweiz für einige Stunden aus den Augen verloren habe. Bei dieser Aussage hatte es dann kein Beweisen. Zur Charakteristik der Familie Barma fügt Graf D. noch hinzu, daß diese erlaubte Familie während des Krieges sich ganz stolt mit Schiebgerätschaften bekleidet und Millionen verdient hat. Als Graf Czernin diesem großen Nutzen endlich ein Ende machen und eine ganze Schiffsladung Kasoo und Kaffee der Familie Barma beschlagnahmen wollte, erhielt der lästige Aufseher von Kaiser Karl den Kritik, der ihm den Abschied auftrug.

Wenn man die moralischen Qualitäten eines solchen zweifelhaften "Bündesgenossen" in Erwägung zieht, so muß man gestehen: Es wäre ein blaues Wunder gewesen, wenn Deutschland mit solchen "Bündesgenossen" den Krieg gewonnen hätte.

England und die deutsche Kriegsentschädigung.

Zürich, 28. Juni. Der Londoner Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" schreibt zum

Blanc einer internationalen Anleihe zur Deckung der deutschen Kriegsentschädigung:

Man verhält sich nicht, daß daraus für England eine neue schwere Belastung erwachsen kann. Die Anleihe wird in den alliierten Ländern auf die Garantie hin ausgegeben werden, daß Deutschland das Geld zurückzahlt wird. Diese Garantie wird, wenn Deutschland nicht zahlen kann, den Rückungen zur Last fallen, die ihre Bürger jetzt zur Rechtfertigung der Anleihe ermuntern. Da sich Amerika an dieser Operation nicht beteiligen wird, fällt natürlich die Hauptlast der Verantwortung auf England, das im Falle eines deutschen Bankrotts in die Lage kommt, einen Teil der deutschen Kriegsentschädigung an die übrigen Alliierten weiter zu zahlen. Es hat daher niemand, selbst die Deutschen nicht, ein so starkes Interesse wie die Engländer daran, daß die schließlich feststehende Entschädigungssumme sich im Rahmen dessen hält, was bei gutem Willen möglich scheint. Die deutschen Delegierten, die in Spa mit den Vertretern der Entente diskutieren werden, können daher auf den guten Willen und das Entgegenkommen der Engländer sicherlich zählen. Es bleibt nur zu hoffen übrig, daß die deutschen Delegierten daraus keine falschen Schlüsse ziehen."

Lloyd George contra Lloyd George.

Berlin, 28. Juni. Im Unterhaus erklärte Lord George auf die Anfrage, ob Deutschland aufgefordert werde, Mitglied des Völkerbundes zu werden, daß dies wohl nicht der Fall sein dürfe, da es nicht den Wunsch zu haben scheine, seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag von Versailles zu erfüllen. Auf die Frage, daß er doch früher das Gegenteil geäußert habe, erwiderte er, er glaube, nie eine solche Aeußerung getan zu haben. Es scheine ihm, daß Deutschland in der Abrüstungsfrage Schwierigkeiten machen wolle.

Von deutscher autoritärer Stelle wird dazu bemerkt, daß Lloyd George mit dieser Bemerkung an einer früheren in Gegenwart tritt, da er tatsächlich am 29. April auf eine Anfrage ebenfalls im Unterhaus mitgeteilt hat, daß Deutschland ein Verzeichnis der Geschäfte gegeben habe und daß nur in der Frage der Gewerbe Schwierigkeiten aufgetreten wären, da die entlassenen Mannschaften die Gewerbe nicht ausgebildigt hätten. Auch Churchill hat am 24. Februar im Unterhaus seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß die Alliierten mit der Art und Weise, in der die Deutschen ihre Verpflichtungen nachkamen, zu frieden seien.

Die Türkei weigert sich.

Paris, 29. Juni. Die zurzeit in Paris weilende türkische Friedensdelegation hat aus Konstantinopel die Nachricht erhalten, daß die türkische Regierung sich unter allen Umständen weigern werde, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, der geeignet sei, das Land zu spalten.

Paris, 28. Juni. Wie der Londoner Vertreter des Temps berichtet, wird die Antwort der türkischen Regierung auf die Friedensvorstellungen folgende Hauptpunkte enthalten: 1. Die Türkei weigert sich Thrasos und Smyrna an Griechenland abzutreten und verlangt, daß die türkisch-griechische Grenze so bleibe, wie sie 1913 war. 2. Die Türkei erkennt die Unabhängigkeit Armeniens an und will einen Teil der Provinzen Van, Bitlis und Erzerum abtreten, verlangt aber dafür Entschädigung. 3. Die Türkei erkennt die Regierung von Gebidos an und stimmt den Mandaten in Syrien und Mesopotamia zu, verlangt aber, daß türkische Delegierte mit gleichen Rechten in die Grenzfestungscommissionen aufgenommen werden.

Ein Ultimatum Kemal Paschas.

Paris, 28. Juni. Während hier der türkische Friedensdelegat hierzulande seine Einwände an den Türken überreichten Friedensbedingungen vorlegte, bat der Nationalistfürst Mustapha Kemal den Waffenstillstand gekündigt und ein Ultimatum gestellt, das die Räumung von Adana und Hersekler verlangt.

Ein neuer Krimkrieg.

Konstantinopel, 28. Juni. Die Offensive des Generals Brangal gegen die bolchevistischen Truppen in der Krim macht rasche Fortschritte. Die Truppen des Generals halten die Linie Kailowka-Bolschowka-Warsowa. Sie haben 1000 Gefangene gemacht, 48 Kanonen, 250 Maschinengewehre, 6 Panzerzüge und 9 Panzerautos, große Getreidemenge und zahlreiches Kriegsmaterial erbeutet.

Blutige Kämpfe in Aserbaidschan.

Paris, 27. Juni. Der "Temps" meldet aus Konstantinopel: Die Lage in Aserbaidschan

hat sich infolge von Gewalttätigkeiten der roten Truppen verändert. Bei ihrem Eingang in Elizabetpol haben die Polizei zu entwaffneten gefangen, welche aber Widerstand leistete. Als sich daraufhin Kämpfe entwickelten, bildeten die Roten welche die Stadt hatten verlassen müssen, zwei Divisionen. Elizabetpol wurde schwarz beschossen und kam im Sturm genommen.

Der Versailler Vertrag und der Völkerbund.

Nach einer Haager Meldung der französischen Zeitungen haben die Juristen des Völkerbundes beschlossen, daß alle Mächte, melden sie Mitglied des Völkerbundes seien oder nicht, die Möglichkeit haben sollen, sich an den Gerichtshof des Bundes zu wenden. Ferner wurde beschlossen, daß den Gerichtshof des Völkerbundes ermächtigt sein soll, in allen Fragen zu entscheiden, die die Auslegung von Verträgen des internationalen Rechts betreffen. Hierach wird mit anderen Worten Deutschland berechtigt sein, die Auslegung der Bestimmungen des Versailler Vertrags dem Gerichtshof des Völkerbundes vorzulegen. Wie verlautet, soll dies direkt beabsichtigt sein, da sich die Juristen darüber einig sind, daß mehrere Bestimmungen des Vertrags nicht aufrechterhalten werden können, so z. B. die Maßnahmen gegen einen Zusammenenschluß Deutschlands und Österreichs.

Poincarés zweiter Schrei nach Pändern.

Raymond Poincaré veröffentlicht im heutigen "Temps" eine Befriedung über den Jahresbericht der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles. Zum Schluß sagt er, Deutschland wolle in Spa das zerstören, was in Versailles ausgerichtet worden sei. Wenn die Alliierten nicht wollen, daß dies gelinge, so müßten sie im voraus entschlossen sein, ihren gemeinsamen Willen durchzusetzen und die erforderlichen Maßnahmen zu nehmen.

Hugos Stinnes über Spa.

Paris, 28. Juni. Hugo Stinnes erklärte dem Berichterstatter des "Maitre", Sieger und Sieger hätten die Pflicht, zu produzieren und Werte zu schaffen, um die zerstörten zu erneuern. Alle verfügbaren Kräfte reichten nicht aus für diese riesenhafte Aufgabe. Man sage, in Spa wolle man dieses Werk ins Auge fassen. Später kommt viel zu früh; es werde ein Risiko für beide Teile werden. Man hätte noch einige Monate vergeben lassen sollen, dann hätten sich die sozialen und wirtschaftlichen Probleme entwirken können und sich eine Lösung von selbst ergeben. Deutschland hätte keine Arbeit von der Rotenvenigkeit größer Arbeitsleistung überzeugen können; augenblicklich sei dies schwer.

Stinnes glaubt, die wirtschaftlichen und finanziellen internationale Solidarität sei ausführbar. Das werde die Neutralen und Amerika zeigen, sich um Wiederaufbau Europas zu beteiligen. Stinnes erhofft ein Wiedergutmachen der Schäden nicht durch eine Anleihe, sondern durch internationale Steuern. Kohlen, Eisen und Verbrauchsmittel sollten belastet werden. Ein in Spa zu treffendes allgemeines Abkommen sieht Stinnes als den Beginn der sozialen Zusammenarbeit an.

Eine französische Stimme über die neue deutsche Regierung.

Genf, 28. Juni. Die französische Presse hält mit ihrem Urteil über die neue deutsche Reichsregierung zurück. Nur das "Journal des Débats" findet heute, daß die neue Regierung einen starken und nach rechts bedeutsamen und daß sie nach ihrer Zustimmung insbesondere als eine Vertretung der deutschen Großindustrie angesehen werden können.

Die Konferenz in Brüssel.

Paris, 28. Juni. (Wolff) Wie die Morgenblätter melden, tritt die Wirkungskonferenz am Freitag den 2. Juli in Brüssel zusammen. Lloyd George und Millerand treffen am Donnerstag dort ein.

Runtius Ratti in West- und Ostpreußen.

Marienwerder, 28. Juni. Am 22. Juni traf der österreichische Runtius für das Abstimmungsgebiet West- und Ostpreußen in Marienwerder ein. Er begab sich nach Braunsberg (Schloßhof der Böhmischen Mark), um mit dem für den größten Teil des Abstimmungsgebietes zuständigen Bischof Bludau zu verhandeln. Nach seiner Rückkehr empfing der Runtius in Gegenwart des deutschen Reichswohlfahrtsministers Grafen Baudissin eine Ablösung der bisherigen deutschen Katholiken. Der Runtius betonte eindringlich die Notwendigkeit des Friedens und der Eintracht zwischen allen Angehörigen der katholischen Kirche im Abstim-

mungsgebiet. Die Ablösung versicherte, daß von deutscher Seite alles vermieden würde, was die nationalen Gewissäße verletzen könnte. Sie bat den Runtius, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß auch die polnische Seite in gleichem Sinne verkehrt und vor allem die Stimmung nicht durch auswärtige politische Geistliche weiter verschärft werde. Der Runtius verläßt heute Marienwerder und begibt sich demnächst nach Warschau.

Die Gärung in Italien.

Ein Bataillon meutert.

Rom, 28. Juni. In Ancona meuterte am Samstag ein Bataillon Versaglieri, nahm die Offiziere gefangen und verhinderte mit Waffenfeuer jede Annäherung. Gleichzeitig wurde in der Stadt der Generalstreik erklärt. Offiziere wurden in den Straßen tödlich angegriffen. Die Meuterer machten einen Aufstand mit Panzerwagen. Viele Personen wurden verwundet. Endlich schlossen Regierungstruppen die Seefahrer mit Schußwaffen ab und Seefahrer wurden aufgefahren, worauf sich die Meuterer ergaben.

Gremiale d'Italia fordert im Zusammenhang mit der Meutererei die Verbaltung des anarchistischen Molatista, der in allen größeren Städten den Aufstand vorbereitet und offenbar mit fremdem, auch jugoslawischem Gelde die Bewegung finanziert.

Urgans, 28. Juni. Die in letzter Zeit sich häufenden Ausschreitungen in den großen Städten Italiens, besonders in Oberitalien werden an parlamentarischen Kreisen Rom's heftig debattiert.

Die Sozialisten fordern die Zurückziehung der Truppen aus Walona (Albanien). Der gemäßigte Sozialist Turati erklärte, die erste Notwendigkeit zur Vermeidung einer gewalttätigen Revolution in ganz Europa sei die Auflösung des Versailler Friedensvertrages.

Die anarchistische Propaganda in Italien.

Mailand, 28. Juni. Count Corriere della Sera ist der Aufstand in Ancona ein Zeichen einer weitverbreiteten Verschwörung gegen die staatliche Ordnung und zufällig von Anarchisten in Ancona verfrüht ausgelöst worden. Verschiedene Truppenteile leiten durch Gerüchte von einer bevorstehenden Expedition nach Albanien und Jugoslawien die Anarchisten vollständig Revolutionszweck gebildet. Die Regierung setzt daher dem je entflohenen, alle Anschläge gegen die Sicherheit des Staates zu unterdrücken.

Deutschland.

* Neue Gesetzesvorlagen für den Reichstag. Es ist eine Anzahl von Gesetzesvorlagen in Vorberührung, die in allerhöchster Zeit dem Reichstage zur Beschlussfassung unterbreitet werden dürfen, so die baldige Einbringung von Vorlagen zur Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung. Eine Vorlage über die Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit liegt dem Reichstag bereits vor und wird als ein dringendes Gebot der sozialen Fürsorge eine beschleunigte Erledigung finden. In Anlehnung an das Reichssozialversorgungsgesetz für die Arbeiter und Soldaten soll nunmehr auch die Entschädigung derjenigen Personen gleichmäßig geregt werden, die nicht durch ihren militärischen Beruf, wohl aber durch Kriegshandlungen in vorheriger Schaden erlitten haben. Weiter sind abschließende Gesetze zur Entschädigung der aus dem abgetretenen Gebieten vertriebenen, der Auslands- und Kolonialdeutschen, endlich der Reader, die ihre Schiffe für die Gemeinschaft opfern müssten, seit längerer Zeit in Vorbereitung; sie werden demnächst dem Reichstag vorgelegt werden. Auch zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeit befinden sich Gesetze in Vorbereitung. Ebenso soll die Neuordnung einer sozialen Sondergerichtsbarkeit in Vorbereitung genommen werden. Nach Verabschiedung des Betriebsvertragsgesetzes durch die verhältnismäßige Nationalversammlung will man nunmehr der Bildung der Bezirksarbeiterräte und eines Reichsarbeiterrates unverzüglich näher treten.

Das Liebeswerk der Quäker.

Berlin, 28. Juni. Im Rot-Blau fordert der Reichsminister für Erziehung und Landwirtschaft 13 Millionen Mark als Zuschuß des Reichs für die sogenannte Auslandshilfe mit der Begründung, daß die Bereitstellung von Reichsmitteln dringend erwünscht sei, um das großzügige Liebeswerk der Quäker nicht zu gefährden und um nicht bei ihnen den Eindruck zu erwecken, als könne ihr Hilfswerk nicht die erforderliche Unterstützung und Anerkennung der deutschen Behörden.

gesagt, die gnädige Frau hätten ihr Schlagmesser noch nicht betreten und wären auch in den anderen Zimmern nicht aufzufinden."

"Das ist richtig. Ich war bei meinem Sohne." Sie schritt dann der Tür zu, die durch einen Vorhang geschlossen, zu den übrigen Räumen führte.

Mit sichtlichem Widerstreben näherte sich der Inspektor von neuem.

"Wenn die gnädige Baronin Rückicht nehmen wollten auf mich . . . meine Amtsverpflichtung . . ."

Doch ehe er noch seine Worte vollendet hatte, wurde der Vorhang beiseite geschoben, und der Pseudodienst trat ein.

Er trug noch die Livree, aber die devote Haltung war verschwunden und aus dem noch vor Stunden stumpf dreinblickenden Gesicht blitzen jetzt ein paar intelligente Augen, die blitzschnell die Gruppe überflogen und sekundenlang forschend auf dem Gesicht von Mutter und Sohn haften blieben.

Bei einer kurzen Verbeugung vor die Baronin tratend, bemerkte er: "Der Herr Inspektor hat Ihnen schon mitgeteilt, daß ich hier die Amtshandlungen eines Kriminalbeamten verlege. Sie werden hier noch, gnädige Frau, alles, was Sie mir vielleicht zum Vorwurf machen möchten, in ein anderes Licht stellen. Wünschen Sie Einblick in meine Amtshandlungen zu nehmen?"

"Das besichtigt sich auf die Dienerschaft." Um Vergebung, der Herr Kriminalbeamte bemerkte ausdrücklich, daß sich die Anordnung auf alle Bewohner des Schlosses beziehe."

"Auch auf mich, die Gattin? Und hier, den Cavalier?" Der Inspektor geriet in Verlegenheit.

"Der sonderbare Herr", fuhr die Baronin fort, "hat nicht einmal für nötig gehalten, mich von Vorschriften zu benachrichtigen zu lassen, die alle Welt zu wissen scheint!"

"Der Herr hat sofort den Auftrag gegeben," nahm der Inspektor das Wort, "der gnädigste Frau Mitteilung zu machen. Der Vater kam aber mit dem Bescheid zurück, daß Männchen hätte ihm

"Eine Gerichtskommission!" rief die Baronin, "mein Gott, was geht hier vor? Was ist mit meinem Gatten geschehen? Das ganze Schloß ist in Aufregung, und ich . . . ich, die Gattin des Freiherrn . . ." Ihre Stimme versiegte infolge des schweren seelischen Erstickung, ihre Fassung, die sie den Untergang gesehenüber bisher bewahrt hatte, verschwand zusehends.

(Fortsetzung folgt.)

Junker Wolfgang.

Roman von Hans von Wieso.

(Nachdruck verboten.)

Das Gesicht des Alten war aschblau, seine weißen Haare hingen ungeordnet über die Stirn. "Was ist geschehen?" fragte Enrico, indem er den Arm seiner Mutter fest in den seinen sog.

"Der gnädige Herr Baron . . ." stotterte der Alte mit verzagter Stimme, "find soeben verschieden."

Enrico fühlte, wie die Hand seiner Mutter fester seinen Arm ergriff, und wie ein Bittern durch ihre Gestalt rann.

Provinzlese.

Die Zentrumspartei für den Unterwesterwald.

Die Herren Obmänner u. Vertrauenspersonen der Zentrumspartei für den Unterwesterwaldkreis werden hiermit zu einer wichtigen Versammlung für Montag den 5. Juli d. J., nachmittags 1½ Uhr, in das lath. Gesellenhaus in Montabaur eingeladen.

Tagesordnung: 1) Sehr wichtige Organisationsfragen und Besprechung der letzten Reichstagswahl. 2) Vortrag des Herren Subregens Lohr in Monbach. — Die Obmänner mögen vollzähliges Er scheinen veranlassen.

* Dornich, 20. Juni. Die langanhaltende Dürre dieses Jahres zeigt in unserem Orte traurige Zustände. Unsere Wasserversorgung hat schon 14 Tage versagt und ließt kein Wasser mehr, einige Brunnen liefern noch das unbedingt notwendige Wasser für Haushaltung und Vieh. Unsere Wiesen und Gärten, ebenso unsere Dörfer und Gerichtsfelder bieten ein trauriges Bild, nur die Kornfelder zeigen einen guten Stand. Ein durchsetzender Regen ist dringend notwendig, wenn nicht alles verderben soll.

* Dilsenburg, 20. Juni. Aufgrund des hohen Kohlenmangels hat am Samstag das heimige Gaswerk den Betrieb erstellen müssen. Wann er wieder aufgenommen werden kann, ist unbestimmt, da bis jetzt Kohlen noch nicht in Aussicht stehen.

* Oberlahnstein, 20. Juni. Kommunalwahltag. Der Kreistag des Kreises St. Goarshausen wählt in seiner letzten Sitzung die Herren Bürgermeister Göller, Vogel, Rechtsanwalt Schumacher, Oberlahnstein und Bürgermeister Hespel. St. Goarshausen zu Mitgliedern des Kommunalverbands für den Bevölkerungsbezirk Wiesbaden.

* Bonn-Ritterhein, 20. Juni. Am ganzen Mittelrhein ist die Tonwarenbilanz günstig verändert. Der Verkauf ist stark. Bis jetzt besteht alle Aussicht auf ein gutes Weinjahr am Rhein.

* Wiesbaden, 20. Juni. Bürgermeister, Oberbürgermeister, Gemeindepolizei und Preisprüfungsstelle erlassen gemeinsam eine Bekanntmachung, in der es heißt:

Die zurzeit geforderten hohen Preise für Obst besonders für Kirchen, Johanniskräuter, Waldbeeren, haben einen Entzugssturm in der Bevölkerung hervorgerufen, zumal gerade in diesem Jahre die Früchte außerordentlich gut ausgefallen sind. Diese hohen Preise lassen die Vermutung als gerechtfertigt erscheinen, daß die Preise zu unterschätzt werden. Die hohen Preise für Obst nehmen u. d. Gründen derartige Wucherpreise zuholen oder sogar den Erzeugern an Ort und Stelle anbieten. Erzeuger, die solche Preise verlangen, sehen sich der Strafe nach § 1 Biff 1 der Preisordnungsverordnung vom 8. Mai 1918 in der Fassung der Bishererordnung vom 27. November 1919 führt aus: Händler, die diese Preise anbieten und geben, machen sich einer Anzeigung zur Preisordnung im Sinne des § 1 Biff 7 der angeführten Bestimmungen schuldig und sehen sich der Gefahr der sofortigen Festnahme und Verführung vor das Wachgericht sowie der Preisabschaffung und Eingliederung ihrer Waren aus.

* Wiesbaden, 20. Juni. Die wichtigste Lage

wirkt jetzt auch auf das Weingeschäft. Aus allen Weinorten des Rheingaus kommen Meldungen von merklichen Preissteigerungen, denen ein völliges Verfolgen der Nachfrage folgt. Weinverkäufer, die in diesen Tagen in Eltville, Hatzenbach und Deidesheim abgehalten werden sollten, mussten abgebrochen werden, da die Händler eine außerordentliche Zurückhaltung übten. Händler teilen mit, daß beim Fortschreiten des Preisanstiegs eine Katastrophe im Weinbau unabdinglich ist.

* Dörs a. R., 20. Juni. Die vereinigten Obst- und Gemüsehändler erlassen folgende Erklärung: Wir geben bekannt, daß wir durch die Gewalttat, die sich ein Teil der Arbeiter heute morgen auf dem Markt und in den Läden zusammensetzen ließ, nicht mehr in der Lage sind, die hiesigen Einwohner mit Obst und Gemüse zu beliefern. Da den Händlern nicht Zeit gegeben wurde, mit den Gewerbeaufsichtsbehörden und den Selbstversorgern zu verhandeln, hatten wir einen ganz unerhöhllichen Schaden in Höhe von 300 Prozent. Wir nehmen an, daß die gerecht und vernünftig denkende Einwohnerschaft dieses ungetreue, gewaltsame Vor gehen gegen die Händler verurteilen wird und hierzu Stellung nimmt, denn nicht die Händler sind schuld an den hohen Preisen, sondern die maßlosen Forderungen der Erzeuger, welche manchen Händler schon zur Verzweiflung trachten. Hier ist es Sache der Behörden einzugehen, wenn die Verfolgung des Publikums in den nächsten Tagen nicht empfindlich gestört werden soll, und es nicht zu weiteren Konflikten kommen soll.

* Wingen, 20. Juni. Im nahen Elsbach wurde Samstag nachmittag der Weizenermeister Heinrich Haderbauer und dem hiesigen Untersuchungsgericht angeklagt. Darauf begab sich die gesamte Einwohnerschaft Elsbachs nach dem hiesigen Gefängnis, befreite den Weizenermeister und setzte auch beim Landratsamt durch, daß dieser auf freien Fuß gesetzt wurde.

* Griesheim a. R., 20. Juni. In der hiesigen Bockbachtal errang der 17jährige Arbeiter Karl Lenz.

* Oberursel, 20. Juni. Zur Festung eines Gehalt

betrages von 144 000 A beschloß die Stadtverordnetenversammlung eine Nachhebung von 50 Prozent der bisherigen Steuern.

* Frankfurt, 20. Juni. In einem Restaurant auf der Kaiserstraße war der Kellner Heinrich Werner beschäftigt, der auf eine Anzeige des Wirtes hin wegen Betrugs und Urfundenschädigung vor Gericht erscheinen mußte. Da er aus einer gewissen Notlage infolge der Erkrankung seiner Frau gehandelt hatte, kam er stat mit einem Jahr Gefängnis, wie der Staatsanwalt beantragt hatte, mit drei Monaten Gefängnis davon.

Auf der Speisekarte, die er den Gästen vorlegte, hatte er eigenmächtig die Preise erhöht und zum Beispiel für gebrauchtes Brot sich statt fünf, acht Mark bezahlen lassen. Das Glas Wein betrugte er um eine Mark und das Bier um einige Pfennige teurer, was zu Geschwörenen Anlaß gab, denen der Wirt nachging.

* Frankfurt, 20. Juni. Das Hochrechnen der Universität, die infolge des Streiks in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist, wurde gestern durch Bewilligung von 760 000 A seitens der Stadtbetriebsen verordnetenversammlung vorläufig weiter gesichert. Die sozialdemokratische Fraktion machte die Bewilligung von der Angliederung einer Arbeiter-Akademie an die Universität abhängig. Der Magistrat stimmte der Forderung zu und machte sich anderthalb die Anzahl mit dem Be ginn des Wintersemesters 1920 ins Leben zu rufen.

* Hanau, 20. Juni. Zur Beobachtung der Wohnungsnutzung hat die Verwaltung des Landkreises Hanau im Schloss Philippssruhe auf Grund eines mit dem Schloss eignemeter den Landgrafen Alexander von Hessen abgeschlossenen Vertrages neue Wohnungen, die an verschiedene Familien abgegeben werden, eingerichtet. Werner hat sich die Verwaltung des Landkreises Hanau wegen Errichtung von Wohnungen in der städtischen Balderschule bei Hanau mit den Reichsbahnden in Verbindung gesetzt.

* Fulda, 20. Juni. Bundesbibliothekar Dr. Kappel füllte in Mainz von der Stadtverordnetenversammlung mit 33 von 50 abgegebenen Stimmen zum Direktor der Mainzer Stadtbibliothek gewählt worden. Es ist das erste Mal seit Bestehen der Mainzer Stadtbibliothek, daß ein Katholik in diese Stelle berufen worden ist. Wenn Dr. Kappel dem ehrenvollen Amt nach Mainz folge leisten sollte, so würde Fulda noch dem Dreifach der Fuldaer Zeitung einen großen Verlust zu befürchten haben.

Gefallen zwischen Arzten und Krankenkassen.

* Frankfurt a. R., 20. Juni. Der Herzbedienst

tellt mit: Ma Ergebnis des Gesetzakommens zwischen dem Herzverein und den Vereinigten Krankenkassen ein sehr geringe zugeteilt bekommen, indem an Stelle der Baubehörde die Donierung der Einzelheitung nach den Säulen des zentralen Schiedsprüches treten wird. Der vertretungslose Zustand wird daher am 30. Juni höchst 12 Uhr aufgehoben. Die Kassenmitglieder werden dann von den Ärzten wieder ohne Bezahlung behandelt, und es werden wieder Krankenkassenscheine ausgestellt.

Ein neuer Philipp-Prozeß.

* Frankfurt a. R., 20. Juni. Es ist noch bekannt, daß das Kriegsgericht den Hauptmann d. Inf. Philipp, den Vorstand des Deutschen in Mainz, i. St. wegen Beziehung zur Kabinettserzung und drei Jahren Gefängnis verurteilte hatte. Er war Teilhaber an der Wochenschrift seiner Brüder Rudolf und Karl in Wiesbaden, denen er ungeheure Gewaltstiftungen zuwandten wußte. Er hat dafür von seinen Brüdern eine Prise von 1 Prozent, die eine Höhe von 100 000 A erreichte, bezogen. Außerdem bezog er sein Gehalt als Geschäftsführer weiter. Die beiden Brüder Rudolf und Karl waren damals wegen Preisabschaffung ebenfalls angeklagt und ferner wegen Bestechung. Sie wurden aber freigesprochen, nachdem sie dem Reich zwei Millionen Mark zurückgestellt hatten. Das aus rechtlichen Gründen gefallene Urteil steht der Staatsanwaltschaft nun noch, worauf Klärung erfolgt ist. Die Verhandlungen, bei denen der Berliner Reichsgerichtsältester Dr. Schlarb aus Petersburg über seine Erfahrungen im sozialwirtschaftlichen Rußland sprach, war der Vorstand 1918 an dem Polytechnikum in Rußland als Dozent tätig und verlebte hier die ersten Jahre der Bolschewisten-Herrschaft. Sein Vortrag, den er in vielen kleinen, großen und größten Städten vor einer manchmal noch Tausenden zahlenden Zuhörerschaft hielt, erzielte die lebhafte Teilnahme und vertrat einen nachhaltigen und tiefen Eindruck. Seine Ausführungen lassen erkennen, daß Deutschland sich augenscheinlich genau in der Lage befindet, in der sich Rußland vor dem Eintritt der Bolschewisten-Herrschaft befand, und daß Deutschland, wenn es den Kommunisten und U. S. R. Leuten folgen wollte, blindlings in den durchdringenden Arbeitsmarkt einsteigen würde, in dem sich das russische Volk hinzutage befindet, wenn nicht in letzter Stunde die Erkenntnis unserer wahren Lage füllt auch im radikalsten Boger Dohn brechen sollte. Welche Möglichkeiten sich noch bieten, der drohenden Gefahr zu entgehen, wird aus den Ausführungen des Redners hervorgehen. Wir empfehlen daher den Vortrag auf das wortreichste; der Vortrag ist durchaus unpolitisch und Männer und Frauen aller Parteien und aller Alters sind herzlich eingeladen. Das Röhre ist aus dem Anzeigenteil der Donnerslagsnummer erzielt.

Plausibler Preisabschaffung in Kassel.

* Kassel, 20. Juni. Um angedrohten Demonstrationen und Unruhen vorzubeugen, soll Dienstag mittags im Rathaushof eine große Konferenz in der Lebensmittelfrage statt unter Teilnahme des Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Vertreter des Oberbürgermeisters, der Gemeinderäte, Kommunalbehörden und Pressevertreter. Das Rejulat der mecklenburgischen Aussprach war die Bildung eines wirtschaftsausschusses, welcher verpflichtet ist, einen planmäßigen Preisabschaffung der Lebensmittel herbeizuführen, nötigenfalls zwangsweise.

Lohales.

Limburg, 1. Juli.

= Eine Demonstration gegen Lebensmittel-Verteuерung wollen Mitglieder der hiesig. U.-S.-B.-Partei am Donnerstag Nachmittag in Limburg veranstalten, um auf diese Weise einen „Leisen Drud“ auf die Geschäftswelt Limburgs auszuüben. Am Mittwoch erschien nämlich eine Amtordnung von Unabhängigen auf dem Limburger Rathaus und forderte nahezu Weise von den städtischen Behörden für obenerwähnte „Demonstration“ Unterstützung und Förderung. (Siehe Anzeige.) Von Seiten unserer Polizeiverwaltung wurde jene Amtordnung daraufmerksam gemacht, daß ihr Vorhaben ungesehlich sei und sehr leicht zu Gewalttätigkeiten und Plünderungen führen können.

Die städtischen Behörden ihrerseits haben die nötigen Vorbereitungen getroffen, um die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuhalten.

= Aus der Sitzung der städt. Lebensmittel-Kommission wird folgendes berichtet: Wie in anderen Städten, so wird auch hier lebhafte Klage geführt über die zu hohen Preise für Obst und Gemüse. Diese Klagen hatten der Polizei bereits Anlaß gegeben, auf den hiesigen Wochenmärkten und in den Obst- und Gemüsegeschäften nachzuhören und niedrigere Preise anzurufen. Gegen diese Maßnahme wurde seitens der betr. Geschäftsinhaber Bestrebung gezeigt und fand auf Wunsch der Leiharbeiter in der gestrigen Sitzung der städt. Lebensmittelkommission eingehende Absprache über die Beschaffung von Obst und Gemüse, sowie deren Preise fest. Die Händler führen aus, daß es ihnen nicht möglich sei, billiges Obst und Gemüse zu beschaffen, weil sie bereits beim Einlaufen in Frankfurt a. R., Mainz, Wiesbaden, Koblenz usw. auf den dortigen Großmärkten hohe Preise bezahlen müssen. Die Kosten des Transports seien ebenfalls fest, doch diese Angaben sind auftreffend. Es wurde bemerkt, daß auch in Friedenauern in Limburg das Frühstück und Gemüse aus dem vorbezeichneten Grunde immer teurer gewesen sei als in den benachbarten Großstädten. Nach längeren Verhandlungen bilanzierte die Lebensmittel-Kommission den Händlern für die bereits eingelaufenen Märkte bis Ende dieser Woche einen Höchstpreis von 250 A pro Pfund zu. Johanniskräuter sollen nicht über 1,50 A pro Pfund verkauft werden. Diese Preise gelten als Höchstpreise. Steinbecker will, daß von dem vorbezeichneten Tag an direkt auf den Stoff gezeigt wird. Das soll dann in der letzten Minute durch einen verunglückten Ball bestätigt. Zunächst verdängt das vorläufige Verhalten unserer Händler den ersten Gewinnerfolg errang mit 5:1 Punkten in der letzten Minute durch einen verunglückten Ball bestätigt. Zunächst verdängt das vorläufige Verhalten unserer Händler den ersten Gewinnerfolg errang mit 5:1 Punkten in der letzten Minute durch einen verunglückten Ball bestätigt. Zunächst verdängt das vorläufige Verhalten unserer Händler den ersten Gewinnerfolg errang mit 5:1 Punkten in der letzten Minute durch einen verunglückten Ball bestätigt.

= Die geistige Stadtverordneten-

sitzung sog sich infolge der Wichtigkeit der zur Be-

ratung stehenden Punkte und der fast anschließenden

aufzählenden Debatten bis gegen Abend hin. Wir wer-

den in der nächsten Nummer den ausführlichen Bericht

bringen, wie die Regierung nicht nur die Preisabschaffung

der Waren und Verführung der Schulden vor das

Schuldenberge erfordert kann.

= Die geistige Stadtverordneten-

sitzung sog sich infolge der Wichtigkeit der zur Be-

ratung stehenden Punkte und der fast anschließenden

aufzählenden Debatten bis gegen Abend hin. Wir wer-

den in der nächsten Nummer den ausführlichen Bericht

bringen, wie die Regierung nicht nur die Preisabschaffung

der Waren und Verführung der Schulden vor das

Schuldenberge erfordert kann.

= Personalien. Unser ehemaliger verehrter

Kölner Bürgermeister H. H. der am 1. Januar 1919 als Vorsteher der Rat in den Landwirtschafts-

ministerium nach Berlin berufen worden war, ist nun-

mehr ab 1. Juli nach Düsseldorf als Präsident des dor-

tschen Landesbauamtes versetzt worden.

= Neue Fernsprechgebühren. Der heutige

1. Juli bringt einen bedeutsamen Aufschlag der Fern-

sprechgebühren. Die Postgebühren betragen jetzt in

Regen bei bis 50 Teilnehmern 320 A, bei mehr als

50 Regen bis 100 Teilnehmern 400 A, bei mehr als

100 Regen bis 200 Teilnehmern 480 A, bei mehr als

200 Regen bis 500 Teilnehmern 560 A, bei mehr als

500 Regen bis 1000 Teilnehmern 640 A usw. Außerdem sind noch je nach Größe der Netze Grundgebühren zu entrichten, die in Regen bis zu 1000 Teilnehmern,

die für uns in Frage kommen, 240 A betragen. Drittm-

en sind für jeden Fernsprechfach 1000 A Außenbeitrag

zu zahlen. Ebenso sind die Fernsprechgebühren erheblich ge-

höht worden. Fernsprechfach von höchstens 3 Min.

Dauerfachen bis 25 Min. 80 Pf., bei mehr als 25–50 Min. 2 A, bei mehr als 50–100 Min. 2 A, bei mehr als

100–500 Min. 4 A, bei mehr als 500–1000 Min. 6 A, bei mehr als 1000 Min. 8 A.

= Die Margarine wird billiger. Der Abgabepreis für Margarine durch den Reichsminister für pflanzliche und tierische Fette ist vom 1. Juli 1920 ab von 21 auf 16 A pro Kilo herabgesetzt worden.

= Interessanter Vortrag. Am kommenden Sonntag, nachmittags 2½ Uhr, wird hier im Hotel zur Alten Post im Auftrage der Liga zum Schutz der deutschen Kultur Herr Professor Schlarb aus Petersburg über seine Erfahrungen im sozialwirtschaftlichen Rußland sprechen. Prof. Schlarb war im Dezember 1918 an dem Polytechnikum in Rußland als Dozent tätig und verlebte hier die ersten Jahre der Bolschewisten-Herrschaft. Sein Vortrag, den er in vielen kleinen, großen und größten Städten vor einer manchmal noch Tausenden zahlenden Zuhörerschaft hielt, erzielte die lebhafte Teilnahme und vertrat einen nachhaltigen und tiefen Eindruck.

= Berlin, 20. Juni. In der Centralmarkthalle kam es gestern zu tüchtigen Auseinandersetzungen, da die Großhändler für Nischen den Preis von 200 A forderten. Die Kleinhandels erklärten sich nicht gewillt, die Großhändler zu hören, wurde die Sicherheitspolizei alarmiert. Es fiel hierauf Bewaffnung ein, nachdem die Großhändler erklärt hatten, die Kleinhandels erklärten, daß sie ihre Wagnisse nicht gegen die Großhändler richten, sondern diese nur zweigen wollten, gegen die Erzeuger vorzugehen und billigere Preise zu ergieben.

= Berlin, 20. Juni. Der Versuch gestern früh Be-

hördmitteluntersuchungen in der Centralmarkthalle herzor-

gen, ist durch schnelles Eingreifen der Sicherheits-

polizei im Steinmetz erledigt worden. Der Chefleiter,

der aus Hamburg kommt soll, ist festgenommen

worden.

Verantwortlich f. d. Anzeigen: J. H. Ober, Limburg.

gemeinen rohen Maschinenbau- und Handelskugel auf 12 Prozent vom 1. Juli ab zu ermäßigen.

Berliner Kirchenkreis.

Todes-Anzeige.

Heute abend 11 Uhr verschied nach langem, schweren Leiden mein lieber Gatte, unser treuer Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel, Herr

Salomon Winkelstein

im 70. Lebensjahr.

Die trauernden Hinterbliebenen

i. d. N.:

Frau Salomon Winkelstein
geb. Hirsch.

Hadamar, den 29. Juni 1920.

9659

Die Beerdigung findet statt Donnerstag, den 1. Juli, nachmittags 3 Uhr.

Wiedersehn war seine und unsere Hoffnung.

Todes-† Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser einziger geliebter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe

Ferdinand Staab

im blühenden Alter von 20 Jahren plötzlich und unerwartet infolge eines Herzschlages von uns aus dieser Welt geschieden ist.

Die tieftrauernden Eltern, Geschwister und Verwandten:

Sebastian Staab
Maria Staab geb. Einig
nebst Kinder.

Mühlbach, Fussening, Hadamar, Siegen, Frickhofen, Heinrichstal (Bayern), den 30. Juni 1920.

Die Beerdigung findet Freitag, den 2. Juli zu Mühlbach statt.

9670

Kreisbauernschaft des Kreises Limburg.

Am Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 2.30 Uhr findet im Hotel zur Alten Post in Limburg eine

General-Veranstaltung der Kreisbauernschaft statt.

Tagesordnung:

- Geschäftsliches.
- Vortrag des Herrn Professor Schlarb aus Petersburg. Thema: Meine Erlebnisse im bolschewistischen Ausland.
- Anträge und Wünsche.

Auch Nichtmitglieder der Kreisbauernschaft aus Stadt und Land und aus allen Berufszweigen sind herzlich eingeladen.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 0.50 M. erhoben.

Der Vorsitzende der Kreisbauernschaft:
Alwin Hepp.

Rauchtabak

garantiert rein in 100 Gramm-Päckchen, versteuert zu Mark 4.—, 4.40 und 4.60 pro Paket franco und verpackungsfrei, bei Abnahme von 9 u. 17 Pfund liefert gegen Nachnahme.

9646

Johann Strieder, Oberlahnstein

Telefon 162.

Handelsvertrag für Tabakwaren für das Deutsche Reich.

I. Sorte silbergr. Doppelfalzziegel.

Prima Portlandzement

Rhein. Schwemmsteine

Cauber- und Moselschiefer

Prima Asphalt-Dachpappe

Karbolineum, Tief-Klobomasse

zu billigsten Tagespreisen.

H. Knoch, Hadamar,

Telefon 30. 9486

Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebenen können 9687

Seifenpulver das Pf. zu M. 3.50 und Seife zu 7 M. das Stück abhol.

Konrad Grill, Al Domstreppe 2.

Schöne Lobal-Pflanzen empfohlen (9660)

M. Thul, Limburg, Weiersteinstr. 19.

Lebensmittelverteilung.

Auf Abdruck Nr. 207 der Lebensmittelkarte kommen in der nächsten Woche je 125 Gr. Bohnen, Erbsen und 50 Gramm Brot zur Verteilung.

Aufgabe der Abteilungen an die Geschäfte bis Samstag, Verteilung durch die Gemeindetreibenden bis Montag Mittag, Ausgabe an die Geschäfte am Dienstag.

Stadt. Lebensmittelamt.

Ausgabe von fetthaltigen Nährmitteln.

Auf den Fleischabrechnungen der Woche vom 5. bis 11. Juli 1920 werden in den bietigen Wegezeitungen 250 Gramm fetthaltige Nährmittel ausgegeben. Auf einer Kärtchen entfällt die Hälfte der Mengen. Die Fleischabrechnungen sind bis spätestens Samstag in einer bietigen Wegezeitung abzugeben und von den Geschäftsbüroen bis Dienstag mittag im Rathaus, Zimmer Nr. 4. Später abgelieferte Kärtchen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Stadt. Lebensmittelamt.

Gemüse Verkauf.

Freitag, den 2. Juli, nachmittags 2 bis 4 Uhr, in der Aula des alten Gymnasiums Ausgabe von Nährmitteln an Kranke, denen laut Benachrichtigung der Gesundheitskommission solche zugelassen sind. Auf dem Kopf wird für 8 M. ausgegeben. Ausweise sind vorzulegen.

Stadt. Lebensmittelamt.

Nährmittel für Kranke.

Freitag, den 2. Juli, nachmittags von 2 bis 4 Uhr in der Aula des alten Gymnasiums Ausgabe von Nährmitteln an Kranke, denen laut Benachrichtigung der Gesundheitskommission solche zugelassen sind. Auf dem Kopf wird für 8 M. ausgegeben. Ausweise sind vorzulegen.

Stadt. Lebensmittelamt.

Am Handelsregister B Nr. 15 ist heute die Firma Eisenacher Montabaur Taphorn, Oligo Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Montabaur eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist Betrieb einer Eisengießerei und Maschinenfabrik. Stammkapital: 50.000 M.; Geschäftsführer sind die Inhaber der Firma Ingenieurbüro Taphorn u. Oligo, nämlich: Ingenieur Hermann Taphorn und Ingenieur Alfred Oligo sowie der Geschäftsführer Ingenieur Wilhelm Taphorn, sämtlich in Montabaur. Keiner der Geschäftsführer ist berrechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Juni 1920 abgeschlossen.

Montabaur, den 24. Juni 1920.

9683) Preußisches Amtsgericht.

Hühneraugen?

Wer gibt Gardinen geg. Johannisseelen od. sonst. Lebensmittel? (9671)

Näheres Expedition.

Bahnhof-Drogerie Franz Nehren.

M. Thul, Limburg, Weiersteinstr. 19.

im Alter von 14 bis 18 Jahren per sofort bei gutem Bohn gesucht.

9653

Hotel Guttenberg, Bad Ems.

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653

9653